

Schleswig-Holsteinscher Landtag
Umdruck 15/3293

Marburger Bund Landesverband Schleswig-Holstein

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
Vorsitzenden
Postfach 7121

24171 Kiel

16. April 2003

Bericht zur geschlechtsdifferenzierten Förderung gesundheitsbezogener Leistungen
Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2072

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie bitten uns, Erfahrungen und Kenntnisse bezüglich der geschlechtsspezifischen Gesundheitsleistungen mitzuteilen. Prinzipiell ist der Anspruch einer geschlechtsdifferenzierten Förderung gesundheitsbezogener Leistungen unverzichtbar. Wichtig ist, dass auch gerade im Bereich der Medizin geschlechtsspezifische Besonderheiten insbesondere im Bereich der Forschung stärker berücksichtigt werden müssen. Forschungsberichte beziehen sich in der Regel primär auf ein Kollektiv von Männern und in den seltensten Fällen liegen uns Forschungsergebnisse z. B. über Medikamentenwirkungen von Frauen vor. Diese Kritik richtet sich auch gegen mangelnde Forschungsergebnisse insbesondere bei männlichen und weiblichen Kindern.

Bezugnehmend auf Ihre Frage, inwieweit geschlechtsdifferenzierte Fragestellungen bei Gesetzentwürfen und Verordnungen im Gesundheitsbereich erfasst sind, möchten wir wie folgt Stellung nehmen: Für den Bereich des Heilberufegesetzes ist für die Ärztekammer die geschlechtsdifferenzierte Zusammensetzung in Gremien umgesetzt worden. Unzureichend erscheint es uns jedoch im Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung geregelt zu sein. Trotz eines hohen Anteils von berufstätig niedergelassenen Ärztinnen spiegelt sich dieser Anteil nicht einmal ansatzweise in den Gremien der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein wieder. Wir halten Korrekturen in diesem Bereich für zwingend erforderlich.

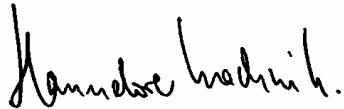
Zu den nachfolgenden Fragen, insbesondere der Psychiatrie und Suchthilfe, möchten wir keine weiteren Ausführungen geben. Wir denken, dieses sollte den kompetenten Mitarbeitern/innen der entsprechenden Einrichtungen obliegen.

Für den Bereich der gesundheitlichen Prävention halten wir unverzichtbar, diese weiter auszubauen. Es erscheint nicht zwingend erforderlich, dieses schon in den Kindertageseinrichtungen bei der Gesundheitserziehung unter geschlechtsdifferenzierten Aspekten zu regeln.

Für den Bereich der Schule dagegen ist dieser Aspekt unverzichtbar und es ist zu fordern, dass dieser Bereich weiter ausgebaut wird. Ein Schritt in die falsche Richtung wäre, wie bei der Kürzung der schulärztlichen Untersuchungen, dieses unter Kostenaspekten zu reduzieren. Gerade im schulischen Bereich nehmen die Probleme der Mädchen und Jungen zu und es muss eine gesellschaftspolitische Aufgabe sein, durch geeignete Maßnahmen konsequent dagegen zu steuern.

Die Einführung und Umsetzung des Gender Mainstreamings ist unverzichtbar und wir erhoffen in der Zukunft ein Aufbrechen der verkrusteten Strukturen, die sich bislang an veralteten Rollenverhalten orientieren.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Hannelore Machnik in black ink.

Dr. med. Hannelore Machnik
Vorsitzende